



BAWO: Dringende Maßnahmen für obdachlose Menschen aufgrund des Corona-Virus

Die BAWO wurde 1991 gegründet, mit dem Ziel als Dachverband die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in Österreich zu vernetzen, überregionale Aufgaben zu koordinieren und gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Bekämpfung und Beseitigung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit zu leisten.

Um die weitere Ausbreitung des Corona-Virus einzubremsen ist es notwendig, dass alle Bürgerinnen und Bürger zu Hause bleiben, und ihre Wohnung nur für unbedingte Besorgungen verlassen; alle Sozialkontakte sollen auf ein Minimum reduziert werden.

Die BAWO weist darauf hin, dass die derzeitige Situation für Menschen, die von Obdach- oder Wohnungslosigkeit¹ betroffen sind, besonders herausfordernd ist:

- Das Leben auf der Straße und in Armut hat bei vielen betroffenen Menschen zu chronischen Erkrankungen und einem insgesamt schlechten Gesundheitszustand geführt.
- Obdach- und wohnungslose Menschen sind generell mit Barrieren zum Gesundheitssystem konfrontiert (z.B. aufgrund von Stigmatisierung, keiner aufrechten Versicherung).
- Obdachlosen Menschen fehlt die Möglichkeit, sich in eine eigene Wohnung zurückziehen zu können, um Sozialkontakte zu vermeiden.
- Obdachlose Menschen haben keine Möglichkeit, sich ausreichend mit Gesichtsmasken, Desinfektionsmitteln u.a. auszustatten.
- Obdachlose Menschen haben keine Möglichkeit, sich Vorräte anzulegen, um Sozialkontakte zu vermeiden.
- Obdach- und Wohnungslosigkeit stellt eine krisenhafte Lebenssituation dar, aufgrund der bedeutend weniger individuelle Ressourcen zur Bewältigung der derzeitigen Situation zur Verfügung stehen.

Es braucht daher umfassende Maßnahmen, um diese besonders vulnerable Personengruppe zu schützen und eine weitere Verbreitung des Corona-Virus zu vermeiden.

¹ Nach der ETHOS-Definition, siehe [ETHOS Deutsch](#)



Die BAWO schlägt folgende Sofortmaßnahmen vor:

1. Obdachlosigkeit verhindern

- Sofortige Aussetzung von Delogierungen. Ziel ist es Obdachlosigkeit nicht entstehen zu lassen.
- Sofortige Aussetzung von Energie-Abschaltungen. Ziel ist es Menschen den Aufenthalt in ihrer Wohnung (mit Heizung, Kochmöglichkeit und Körperhygiene) zu ermöglichen.

2. Obdachlosen Menschen ermöglichen, sich zurückzuziehen und Sozialkontakte zu vermeiden

- Alle Notquartiere und alle Notschlafstellen nach Möglichkeit ganztägig offenhalten. Ziel ist, dass sich obdachlose Menschen nicht im öffentlichen Raum aufhalten müssen und ihre Sozialkontakte minimieren können.
- Alle Winter-Notschlafstellen bis auf weiteres offenhalten und ganztägig betreiben. Ziel ist, dass sich obdachlose Menschen nicht im öffentlichen Raum aufhalten müssen und ihre Sozialkontakte minimieren können.
- Zusätzliche Wohnmöglichkeiten (nach Möglichkeit Einzelräume) bereitstellen, um die Sozialkontakte zu reduzieren.
- Vermehrtes Streetwork und andere herausreichende Arbeit, um Menschen, die nicht in Kontakt zu stationären Angeboten sind, zu erreichen und zu informieren.
- Sensibilisierung der Sicherheitsorgane im Umgang mit obdachlosen Menschen. Prinzip: „Beraten statt Strafen“.
- Alternative Formen der Versorgung mit warmen Mahlzeiten entwickeln, die engen Sozialkontakt vermeiden und trotzdem niederschwellig und möglichst flächendeckend sind.
- Ausweitung der gratis WLAN-Hotspots und Bereitstellen entsprechender Bandbreite in Ballungszentren, um obdachlosen Menschen den fernmündlichen Kontakt mit Familienangehörigen zu ermöglichen.
- Unterstützung der ehrenamtlichen HelferInnen in den Wärmestuben, auch durch Bereitstellung von (ehemaligen) Zivildienern.
- Ausweitung der Angebote an Tageszentren für obdachlose Menschen, denen keine anderen Aufenthaltsmöglichkeiten offenstehen. Ziel ist, dass sich



obdachlose Menschen nicht im öffentlichen Raum aufhalten müssen und ihre Sozialkontakte minimieren können.

3. Ressourcen für die Wohnungslosenhilfe aufstocken

- Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen der Wohnungslosenhilfe, um den erhöhten Betreuungsaufwand aufgrund von gesundheitlichen, psychosozialen und persönlichen Krisen decken zu können.
- Angebot alternativer Formen der psychosozialen Beratung und Betreuung, um Vereinsamung und sozialem Ausschluss entgegenzuwirken (Telefon- und/oder videounterstützt).
- Bereitstellung ausreichender Schutzausrüstung für das Personal, um die Eigengefährdung zu minimieren.
- Möglichkeiten der psychosozialen Unterstützung für das Personal insbesondere Supervisionen u.ä. in Form von telefonischen und/oder video-geführten Gesprächen.
- Mehr Angebote für Menschen, die von Gewalt betroffen sind. Beengte und prekäre Wohnverhältnisse führen zu erhöhtem Stress und mehr Gewalt. Es braucht daher einen Ausbau von Unterbringungsangeboten für diese Menschen, insbesondere von frauenspezifischen Angeboten.
- Schulungen der MitarbeiterInnen (insbesondere Streetwork) in der Vermittlung von Gesundheitsthemen, gut aufbereitetes Informationsmaterial (mehrere Sprachen, leichter lesen und für AnalphabetInnen) und mehrsprachige/muttersprachliche Beratung.

4. Barrieren im Zugang zum Gesundheitssystem aufgrund von Obdach- oder Wohnungslosigkeit abbauen

- Zugang zu medizinischen Leistungen unabhängig von Krankenversicherung gewährleisten. Ziel ist es, dass auch Nichtversicherte medizinische Leistungen rechtzeitig in Anspruch nehmen.
- Einen niederschweligen Zugang zum Gesundheitssystem sicherstellen. Von Obdach- oder Wohnungslosigkeit betroffene Menschen sollen sich ohne Angst vor Stigmatisierung behandeln lassen können.



- Unbürokratischen Zugang zu externen Diensten herstellen (Heimkrankenpflege, Heimhilfe). Ziel ist es, die Aufnahme von KlientInnen aus Krankenhäusern zu erleichtern und damit den stationären Gesundheitsbereich zu entlasten.
- Psychiatrische Hilfsangebote für NutzerInnen der Wohnungslosenhilfe ausweiten.

5. Notwendigkeit von Behördengängen einschränken

- Behörden anweisen Fristen zu erstrecken, soweit dies möglich ist. Ziel ist es, die sozialen Kontakte einzuschränken und negative Folgen für KlientInnen zu verhindern. Dies betrifft insbesondere Kontakte zu AMS, Sozialhilfe-Stellen, Meldeämtern und Behörden, die mit fremden- und aufenthaltsrechtlichen Fragen beschäftigt sind.

Die BAWO appelliert an die Bundesregierung und an die Bundesländer, Gemeinden und Kommunen diese Bevölkerungsgruppe nicht aus unserem solidarischen System auszuschließen, sondern ihr ebenfalls den bestmöglichen Schutz zukommen zu lassen.

Diese Krise sollte Ansporn sein, nachhaltige, qualitativ hochwertige Angebote zu schaffen, um Wohnen für alle zu gewährleisten!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Elisabeth Hammer'.

Elisabeth Hammer
Obfrau der BAWO

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Alexander Machatschke'.

Alexander Machatschke
Geschäftsführung der BAWO

Die Stellungnahme der FEANTSA (Europäischer Dachverband der Wohnungslosenhilfe) finden sie hier: [FEANTSA COVID-19](#)